

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 218

Nr. 166

Verlagspreis: monatlich 3,00, einschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen (einschließlich Postämtern, Bestellungen aus neuer Zustellungsart möglich) — Höherer Betrag erbeten bei Bezug von Subskribenten

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 mm betreu 10 Spaltenhöhe 15 Pfennig, kleine Anzeigen 8 Pfennig, Samstags- und Sonntagsblätter 10 Pfennig, Rabatt nach Gestalt

Sonnabend, 18. Juli 1925

Geschäftsstelle Berlin, Bernburger Str. 50. Fernruf Nr. Kurirtel Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Die Haltung des Reiches zum Finanzausgleich

Ein ergebnisloser Kampf der Länder

Bayerns Kampf um den Finanzausgleich

Der Reichsfinanzminister lehnt einen Kompromiß ab

Der amtliche Bericht über Hindenburgs Unterzeichnung

(Von unserem Münchener Mitarbeiter)

Berlin, 17. Juli.

Wie bekannt, weiß der Reichsfinanzminister Dr. Held in Begleitung des bayerischen Finanzministers in Berlin, um mit dem Reichsfinanzminister über einen Kompromiß in der Frage des Finanzausgleiches zu verhandeln. Die Dinge stehen jedoch so, daß die Vertreter der Länder geltend machen, sie könnten eine Neuempfehlung der Landesverwaltungen nicht bei der Einkommensteuer von 30 v. H. auf 75 v. H. mit in Kauf nehmen, wenn, wie ursprünglich beabsichtigt, das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden schon am 1. April 1926 in Kraft treten würde. Da man aber die Einführung des Zuschlagsrechtes um ein Jahr verschoben habe, so sei es den Ländern unmöglich, dem verminderten Landesverwaltungsbeitrag nachzukommen. Bis es scheint, sind die Länder geneigt, an Stelle des Landesverwaltungsbeitrags von 30 v. H. auch mit einem solchen von 80 v. H. vorlieb zu nehmen, nachdem ihr Anteil an der Umsatzsteuer auf 30 v. H. anstatt 30 v. H. und für das Jahr 1926 auf 35 v. H. festgesetzt worden ist. In der Befragung, die gestern zwischen dem bayerischen Finanzminister Dr. Held und dem Reichsfinanzminister Dr. Held stattfand, hat sich jedoch kein Kompromiß ergeben. Die Länder fordern, daß die Reichsfinanzverwaltung auf eine Erhöhung der Einkommensteuer von 30 v. H. auf 75 v. H. unter keinen Umständen eingehen könne, und daß deshalb das Zuschlagsrecht nicht eingegeben werde.

Auffassung zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Ländern festgelegt.

Der amtliche Bericht über Hindenburgs Unterzeichnung

Berlin, 16. Juli.

Amlich wird gemeldet:
Der Reichspräsident hat heute einen gemeinsamen Vortrag des Reichsfinanzministers, des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers der Finanzen über die vom Reichstag zur Regelung der Aufwertung beschlossenen Gesetze und die Frage einer etwaigen Aufhebung der Verkündung entgegengenommen. Der Reichsfinanzminister und der Reichsminister der Justiz legten die Gesetze vor, die die neuen Gesetze zugunsten der Gläubiger aufheben. Sie wiesen ferner darauf hin, daß nach Aufhebung des Reichskabinetts eine Aussetzung der Verkündung der vom Reichstag beschlossenen Gesetze eine für Volkswirtschaft und Staatsfinanzen verhängnisvolle Lage schaffen, den inneren Frieden der Bevölkerung gefährde und so den Gesamtinteressen schaden würde.

Dem aufmerksamsten Beobachter der bayerischen und der Reichspolitik konnte es schon in den letzten Wochen nicht mehr entgehen, daß wieder einmal Gefahr im Verzuge ist. Seit mehr denn einem Monat umflämmen Feindere, allmählich aber sich verdichtende Wölfe den bayerischen Horizont: Konstabat, bayerische Volksgerichte waren Fragen, die der bayerischen Politik im Reich keine geeigneten Antworten gaben. Und nun scheint das Gewitter gekommen, das schon lange drohte, indem der gelamte bayerische Landtag außer der Kommunitäten in der letzten Woche nicht mehr entgegen, daß wieder einmal Gefahr im Verzuge ist. Seit mehr denn einem Monat umflämmen Feindere, allmählich aber sich verdichtende Wölfe den bayerischen Horizont: Konstabat, bayerische Volksgerichte waren Fragen, die der bayerischen Politik im Reich keine geeigneten Antworten gaben. Und nun scheint das Gewitter gekommen, das schon lange drohte, indem der gelamte bayerische Landtag außer der Kommunitäten in der letzten Woche nicht mehr entgegen, daß wieder einmal Gefahr im Verzuge ist.

Der Reichspräsident, der sich gemeinsam mit dem Reichsregierung bemüht hat, eine den Interessen der Gläubiger, namentlich der Kleinrentner und Kriegesopfer, möglichst Rechnung tragende Befreiung der Aufwertung herbeizuführen, konnte sich der Verantwortung der ihm übertragenen Aufgabe nicht entziehen.

Der Reichspräsident hat sich dazu entschieden, von dem ihm nach der Reichsverfassung zugehörigen Recht, die Verkündung der Gesetze auszusagen, keinen Gebrauch zu machen und hat demgemäß die beiden Gesetze vollzogen und ihre Verkündung veranlaßt.

Der Gang der Aufwertung

Berlin, 17. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Verkündung des Aufwertungsgesetzes wird nunmehr, nachdem der Reichspräsident das Gesetz unterschrieben und der Reichstag seinen Einpruch erhoben hat, erfolgen. Damit tritt das Gesetz in Kraft. Es bedeutet den Beginn eines neuen Stadiums. Die nächste Folge wird sein, daß Unterlagen der Aufwertung werden müssen, um die Durchführung der amtlichen Bestimmungen in die Wege zu leiten. In erster Linie ist es notwendig, ein besonderes Aufwertungsamt zu schaffen. Diese neue Amtsstelle wird sich vornehmlich mit der Beschaffung von Mitteln für die öffentlichen Anleihen zu beschäftigen haben. Allein die Nachprüfung, wer von den Anleihebesitzern seine Einrede vor dem 1. Juli 1926 erheben und ferner unterliegt im Besonderen, die Aufwertungskontrollen auf Hypotheken müssen bis zum 1. Januar 1926 erfolgen. Einen besonderen Raum der Tätigkeit nimmt noch die Nachprüfung ein, in welchen Fällen der sogenannte Kartograph abzugeben ist. Im Gesetz selbst sind bisher die wichtigsten Anwendungsbestimmungen untergebracht, um schon vorher die Schwierigkeiten, insbesondere bei Anwendung des privaten Aufwertungsgesetzes, zu überbrücken. Gegen die Einseitigkeit der Aufwertungsstelle gibt es ein Beschwerderecht, über das das Landgericht zu befinden hat. Beim Überdachten ist gegen die Einseitigkeit des Landgerichtes eine sofortige weitere Beschwerde zulässig. Es ist aber damit zu rechnen, daß durch Spezialgesetzte Aufwertungsbestimmungen prozentuale Auseinandersetzungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Nun weiß man, was die „Warnung an Berlin“, die der „Neugensburger Anzeiger“ am Montag vom Stapel ließ, zu bedeuten hatte. Denn der „Neugensburger Anzeiger“ hat zum Verleger den bayerischen Finanzminister Dr. Held, und man mußte annehmen, daß diese Aeußerung unmittelbar auf den Herrn Finanzminister zurückzuführen ließe. In diesem Auftrage hieß es, niemand würde der bayerischen Politik, wie sie seit einem Jahre unter dem Namen Dr. Held gemacht wurde, das Zeugnis entziehen können, daß es ihr anständig um die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Bayern und Reich zu tun gewesen sei. Wenn diesjenige auch unrichtig urteilen, die bei den ablaufenden Konflikten zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung Bayern gar als den einzigen Stützpunkt hinstellen, so müßten jetzt auch die Leute, die noch zu voreingenommen gegen jede eigenständige bayerische Politik seien, zugestehen, daß seit Jahr und Tag keine, nicht einmal die leiseste bayerische Proklamation sich zugetragen habe. Der Aufsatz schloß:

„So hätte die Politik des Finanzministers Held alle Voraussetzungen für eine im Interesse des Reiches und im Interesse Bayerns gelangene wirksame Verständigung der bayerischen Regierung, die nun einmal existiert, schaffen können, und hätte meinen sollen, daß eine um die innere Einigung Deutschlands besorgte Reichsregierung mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen hätte, durch die Herstellung eines dauernden Friedensverhältnisses mit Bayern die innerdeutsche Atmosphäre wesentlich zu entspannen. Statt dessen hat man in Berlin die deutschen Behörden des bayerischen Finanzministers scheinbar völlig mißverstanden. Aus der verächtlichen Haltung einer Hugen zutreiben, fällen und verächtlichen bayerischen Politik hat man in Berlin einen Zugeständnis gemacht, daß es überaus keine Oberflächlichkeit Fragen gibt, und daß man nicht ungenutzt dieser Mißverständnisse machen kann, ohne sich um die Eröffnung dieser bayerischen Frage zu kümmern.“

Diese nur allzu deutliche Ankündigung, die mit anderen Worten doch besagt, daß die bisherige bayerische „Politik“ des republikanischen Bürgerfriedens als ergebnislos zu bezeichnen sei, so schlichten wertigenen Wörtern wie der „Miesbacher Anzeiger“ daraus — vor gewiß ein Fanal. Nun kommt gleich hinterher der Trompetenschall, den der bayerische Landtag in seltener Einmütigkeit in die Welt hinausbläst.

Ministerpräsident Dr. Held gab am Dienstag im Landtag außerhalb der Tagesordnung eine aufsehenerregende Erklärung ab, daß der Art des geplanten Finanzausgleichs einer Entredung nicht nur Bayerns, sondern auch der anderen süddeutschen Länder gleichkomme und daß Bayern und die süddeutschen Länder nicht willens seien, sich zu Provinzen herabdrücken zu lassen oder durch einen Finanzausgleich, noch durch eine Finanzkontrolle, der Preussensache gleichgestellt zu werden, damit sich noch ein Weg finden lasse, der den Bedürfnissen der Länder gerecht würde und auch dem Reich gebe, was dem Reich sein würde. Eine außerordentlich scharfe Sprache, die aber zum Beweis des guten Willens eben am Schluß der Sottierung eines Kompromisses Ausdruck gibt.

Man muß sich zunächst fragen, was will der Finanzausgleich?

Wie zum Jahre 1919 hatte Bayern eigene große direkte Steuerquellen, die durch die Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 8) inoffiziell dem Reich geöffnet wurden, als diesem das Recht eingeräumt wurde, in die Steuerquellen des

Die Reichsfinanzverwaltung behelfe auf der Auffassung, daß der bisherige Landesverwaltungsbeitrag bei 10 v. H. gerade die Erhebungskosten bede, daß das Reich darüber hinaus unbedingt noch 15 v. H. nötig hat, um den Zuschuß zu seinen sonstigen Ausgaben zu gewinnen. Die Haltung der Reichsfinanzverwaltung hängt mit der allgemeinen Finanzlage zusammen. Die der Staatsfiskalrat bisher gestern im Steuerausschuß dargestellt hat, wird das Reich im nächsten Jahre etwa 500 bis 600 Millionen mehr Ausgaben haben. Die Reparationsleistungen und im Finanzjahr 1926 gegenüber dem laufenden Finanzjahr erheblich gesteigert. An dem Steuerprogramm des Reichsfinanzministers ist ein erheblicher Betrag durch Ertragungen ausgefallen, während auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Landesverwaltungsbeiträgen durch die Aufhebung der Vermögensverwaltung.

daß sie am Ende ihrer Gültigkeitsfrist unbedingt angefangen sei. Die Bewilligung von 30 v. H. (35 v. H.) bei der Umsatzsteuer bezieht für das Jahr 1926 etwa 150 Millionen mehr für die Länder, während die Erhebung von 30 v. H. auf 75 v. H. bei der Einkommensteuer ein Weniger von 300 Millionen bedeute. Die Länder werden also nach Ansicht der Reichsfinanzverwaltung nur mit 150 Millionen Markt zu den Reichszuwendungen des nächsten Jahres herangezogen und man erklärt, daß davon nicht nachgelassen werden könnte. Da die Länder sich weigern, dem Reich 30 v. H. der Einkommens- und Körperschaftsteuer zugunsten und andererseits die Reichsfinanzverwaltung nicht abgibt, ist die Verkündung über diese Punkte nicht möglich. Die Aufgabe wird man Ergebnisse der gestrigen Maßnahme feststellen können. Meldungen, die von anderer Seite über einen angeblich erzielten Kompromiß verbreitet sind, heißen vollkommen auf Kombinationen. Es wird also nun auf die Entscheidung des Reichstages ankommen. Hier liegen die Dinge so, daß unbedingt eine Mehrheit bei der Auffassung der Reichsfinanzverwaltung vorhanden ist. Nimmt man also die Frage des Landesverwaltungsbeitrages für sich, so ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Vorzüge des Reichsfinanzministeriums vorhanden.

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Fordauer der Militärkontrolle

Berlin, 17. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Wie wir hören, steht die Interalliierte Kontrollkommission auch nach Überlieferung der Antwortho ihre Kontrolltätigkeit fort. Es handelt sich hier um die Überwachung der Verkündung von Selbstbänden, was natürlich nichts anderes zu bedeuten hat, als daß die Verkündung der selbst festgestellten durchgeführte in der Diskussion aufrechterhalten wollen. Der Vorsitzende der Kommission, General Wald, befindet sich zurzeit auf Urlaub.

Gefährliche Sonderpolitik

Berlin, 17. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die „Sächsische Zeitung“ bracht gestern mit Besagen ganze Zeile eines in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Artikels „Der Vorstoß Stresemanns und die Deutschlandskandale“ ab, der der „Alldeutschen Zeitung“ von einem ehemaligen Reichsminister zugegangen ist. In ihm werden eine ganze Reihe von Klagen und Beschwerden namentlich angeführt, die sich von der Partei herheben würden, wenn die Faktionen in der Reichsregierung ebenso verfahren sollte, wie am 20. August in der Damesfrage. Der Artikel hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt und die in ihm genannten Beschwerden rufen sehr entschieden von der in ihm enthaltenen Tendenz ab.

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei

Beratungen über die Organisation der Polizei

Berlin, 16. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Palambisch wird gemeldet: Am Donnerstag hat im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Scheele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektivnote der allerersten Regierungen vom 4. Juni 1925. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Länder wurde allem aus in ihrer Verwaltungsmethodischen Struktur und der dadurch in polizeilicher Hinsicht sich ergebenden Verhältnisse festhalten wurden die bezüglich der Polizei erhobenen Forderungen eingehend erörtert. Es ergab sich für einige Punkte die Notwendigkeit nochmaliger näherer Nachprüfung seitens der Länder. Gemeinhin wurde volle Einmütigkeit bei



Die Bergbaukrise in England

Bereitschaft für den Generalfreist

London, 16. Juli.

(Von unserer Sonderberichterstatterin)

In der Lage der englischen Bergbauindustrie ist eine Entspannung bisher nicht zu beobachten. Die Bergarbeiter beschließen nach wie vor, darauf zu bestehen, daß die Arbeit nicht geändert werden dürfe und daß es bei dem gegenwärtigen Arbeitslohn bleiben müsse. Auch die Arbeitgeber halten an der Forderung nach einer Ermäßigung der Röhre und im Übrigen an dem von ihnen überreichten Gegenangebot fest. Lediglich darüber hat man sich nicht geeinigt, daß diese Vorschläge nicht als Minimum betrachtet werden und weitere Verhandlungen also sehr wohl möglich seien. In ihren Verhandlungen müßten die Grubenbesitzer aber schon aus dem Grunde festhalten, weil ihre Zurückziehung den Eindruck erwecken müßte, als ob sie ihren Standpunkt verlassen hätten. Aber selbst gegen den Fall, es gelang, morgen oder in den nächsten Tagen eine Beratung von Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen, so sind damit die tatsächlichen Schwierigkeiten keineswegs überwunden. In Arbeiterkreisen betont man den Friedenswünschen ebenso hart wie im Arbeitgeber-Lager. Es ist die tatsächliche Lage des Kohlenbergbaus in England, die die Ursache der Krise verursacht haben. In der Unmöglichkeit, hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen, sind bisher alle Verhandlungen gescheitert. Aus Arbeiterkreisen verläutet, daß man die Möglichkeit eines Generalfreist als heute keineswegs mit der Hand zu weisen hat. Die Arbeiter sind bereit, die derzeit bestehenden höheren Unternehmens- und Beschäftigung erhalten haben, daß sie sich am 1. August für einen Generalfreist bereit zu halten hätten. Die heutigen Mittag- und Abendblätter, die sich für eine Einigung im Bergbaustreit durch friedliche Verhandlungen einsetzen, betonen diese Gelegenheit und die Möglichkeit der Einigung erneut sehr zu kritisieren. „Mining News“ weist darauf hin, daß die englische Industrie, besonders aber die Kohlenindustrie, infolge der Extraabgaben der Regierung durch

eine schwere Belastung stark belastet ist. Die Rede Churchill geht dazu einen unangenehmen Kommentar ab.

Nach keine Einigungsverhandlungen

London, 17. Juli.

(Eigener Drahtbericht)

Der Präsident der Bergarbeitervereinigung erklärte gestern, daß bezüglich noch keine Verhandlungen über die Lohnfrage stattfinden könnten, und daß die gegenseitige Feindschaft zu Verhandlungen keine. Die Vertreter der Bergarbeiter müßten erst von einer Konferenz zu Verhandlungen ermächtigt werden. Heute findet eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Eisenbahnen, Transport- und Werftarbeiter in der Offenbahn statt, die die Bildung eines großen gewerkschaftlichen Bündnisses bezweckt und in gewissem Sinne eine Vorbereitung für den Streik bedeutet.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Polizei und streikenden Arbeitern

London, 16. Juli.

Im Kohlenrevier ist es heute zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden gekommen. 5000 streikende Bergarbeiter verhielten in Stranmore 500 arbeitswillige Bergleute mit Gewalt aus dem Schacht herauszuholen. Die Polizei, die die Streikenden am Einsteigen zu verhindern suchte, geriet dadurch in eine gefährliche Lage. Es gelang schließlich, die Angreifer zurückzuführen. Dabei sind 16 Bergleute und 4 Polizisten verwundet worden.

Konflikt im englischen Kabinett

London, 17. Juli.

Zwischen dem ersten Lord der Admiralität, Bridgeman, und dem General Sir, wie die Wittern, herrschen, ein Konflikt ausgebrochen. Das Programm der Admiralität stöße in Kabinett auf Widerstand. Bridgeman habe mit seinem Militärizit gebrocht, falls wesentliche Veränderungen vorgehoben werden sollten.

Bretain im Flugzeug nach Marokko

Paris, 16. Juli.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgendes offizielles Communiqué: Entsprechend den bereits früher getroffenen Anordnungen der Regierung, sind Verstärkungen nach Marokko entsandt worden, um die Sicherheit der französischen Zonen zu gewährleisten und dadurch den Abbruch des Friedens mit dem Feind zu erleichtern. Die Verstärkungen werden gegenwärtig auf dem Wege nach Marokko gebracht. Unter dem bestehenden Wehrungsplan Verwendung zu ermöglichen, hat die Regierung beschlossen, den Marschall Bretain persönlich nach Marokko zu entsenden, wo er mit dem Marschall Baucourt über alle in letzterem Zusammenhang eines Erfolges zu treffen hat. Nach dem Verlassen von Paris wird er am 17. Juli nach Marokko abgehen.

Englische China-Delegation an die Macht

London, 17. Juli.

Wie man aus London erfährt, hat die englische Delegation in China interessiert, die in eine Rolle eingetreten ist, der sich:

1. England mit einer Untersuchung der Verhältnisse in Shanghai durch dortige unparteiische Richter einverstanden erklärt.
2. Unter der Bedingung, daß China das ihm etwa zur Verfügung gestellte Geld für seinen Wiederaufbau, nicht aber für militärische Zwecke verwendet, ist England bereit, an einer mit Amerika einberufenen Konferenz über die chinesische Zollfrage teilzunehmen.
3. Die britische Regierung würde bei einem erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz mit der Einsetzung einer Kommission einverstanden sein, die die extraterritoriale Frage studiert.

Offener Brief an den Herrn Grafen Wladimirskij

Aus dem Sekretariat wird uns aus dem in Unter Donnerstags-Abgabe veröffentlichten eine Mittheilung mitgeteilt, die folgende Wortlaut hat: D. Schrift. Bei aller Hochachtung vor der idealen Auffassung, die Ihre Darlegungen über die Aufmunterung durchweisen, muß ich, der gleichzeitige Schuldner und Gläubiger bin und deshalb in der Mitte stehe, doch darauf hinweisen, daß auch der Schuldner sein Geld verdienen muß. Selbst der Anhalter von sogenannten Scharwenzeln ist nicht der glückliche Gewinner, wenn die „Sachverständigen“ heute mit Klugheit und Bedacht und durchweg entwerfend teilweise bis zu einem Viertel des ursprünglichen Friedenswertes. Wer also gerecht sein will, muß sich verlassen, die Waise zu haben Sie dem Lande, dem Hausvater, der Besitzer von Anleihen und Sparbankguthaben — schließlich auch der eine so gut wie der andere — sein altes Geld und seine alten Rechte wieder, dann kann auch er seine Schulden bei den Friedensverträgen begleichen! Wer das nicht tut und doch das andere verlangt, wie jetzt so mancher Aufmunterungsgegner, handelt nicht recht und auch nicht nach Ehren und Glauben. Es ist zudem einfach unmöglich, heute schon mit Werten zu rechnen, die vielleicht später einmal wieder vorhanden sein werden. Nichts desto trotz muß ich aufbauen auf den gegenwärtigen Werten. Alles andere ist Spekulation und deshalb zu verworfen! Ich habe heute für Vorschläge dankbar, wenn es sich um das Geld nicht, das bestes Beispiel in 10 Jahren dreimal so viel Wert hat. Der Käufer kann nur nach dem jetzigen Werte und dem Ertrage zahlen. Deshalb kann auch die Aufmunterung nur im Verhältnis des Gegenwertes und in Hinblick der auf den Gegenwert ruhenden Basis erfolgen. Darum sind die Werten vollkommen im Recht, die den Ausgleich gefordert und gefunden haben aus dem furchtbaren Wirrwarr! Für den Fall, daß zweifellos dazu gehört hat, gebührt ihnen Dank! Eine gegenwärtige Lösung der Frage, die allen gerecht wird, ist denkbar, schon wegen der Veränderung aller Verhältnisse!

Druck und Verlag von Otto Heise. Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Otto Heise. Druck und Verlag von Otto Heise. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Otto Heise. Druck und Verlag von Otto Heise. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Otto Heise.

Da der Einbringung des Kaufmann nicht vorhanden, bedrohte er die Schwere des Geschehens mit dem Reaktor, (Schleppie) sie in seine Wohnung und verlangte von ihm 20 000 G.M. „Entschädigung“, um sich schließlich mit 1000 M. zufriedenzugeben.

Krestinski wieder in Berlin

Berlin, 16. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftstellerin)

Der russische Botschafter Krestinski, der vor einigen Tagen nach Moskau gereist war, ist schleunigst nach Berlin zurückgekehrt, um seine Geschäfte wieder aufzunehmen. Es ist anzunehmen, daß er die schwedischen Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt, u. a. auch die Frage eines deutsch-russischen Handelsvertrages wieder aufnimmt.

Abwicklung des Wismutanges zwischen Oesterreich und Italien

Wien, 16. Juli.

Die österreichische Regierung hat bei der italienischen Regierung den Antrag gestellt, das Wismutgeschäft zwischen beiden Staaten abzuschließen. Bereits im Jahre 1922 fanden Verhandlungen wegen Abschaffung des Wismutanges zwischen beiden Regierungen statt. Doch wurden diese Verhandlungen damals unterbrochen. Man hofft, daß dieses Mal der Antrag in dem Zustimmung finden wird.

Die „Zahlungsfähigkeit“ der amerikanischen Schuldner

Paris, 15. Juli.

Wie aus Washington berichtet wird, hat die amerikanische Schuldnerkommission gegenüber den Schuldnerstaaten das Prinzip der sogenannten „Zahlungsfähigkeit“ aufgestellt, das bei den kommenden Verhandlungen als Grundprinzip dienen soll. Die Kommission hat mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit Belgien am 10. August sofort nach der Ankunft der belgischen Delegation beginnen sollen. Die Verhandlungen mit Italien werden sofort nach dem Eintreffen der italienischen Delegation aufgenommen. Die nach dem Zusammenbruch der letzten Verhandlungen mit Frankreich am 1. August nicht festgelegt, man erwartet aber die französische Delegation im August oder September.

Das Prinzip der „Zahlungsfähigkeit“ wird von französischer Seite so aufgefaßt, daß jedes Land nach seiner gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit berücksichtigt werde. Damit sei ein günstiger Verhandlungsboden geschaffen und Frankreich würden Zahlungsverweigerungen ausgedehnt werden, die günstiger sein würden als die damaligen Zugeständnisse an England in den Verhandlungen von Dezember 1922. Ferner würden die Schuldnerverhandlungen eine gewisse, wenn auch unbedeutende Amortisationskurve erörtern. Im Hinblick auf England wird erklärt, daß das damalige Schuldnerabkommen gleichfalls die Zahlungsfähigkeit des Landes in der damaligen Zeit berücksichtigt habe. Wintern, der Unterstaatssekretär des Schatzes und Sekretär der amerikanischen Schuldnerkommission, hat erklärt, daß es bis zur Stunde nicht möglich sei, einem europäischen Lande dieselben Zahlungsverbindungen aufzuerlegen wie seinerzeit Großbritannien, da sämtliche europäischen Staaten nicht in der Lage seien, im Verhältnis das zu zahlen. In dieser französischen Erklärung darf bemerkt werden, daß eine so optimistische Auffassung bisher in den Vereinigten Staaten kein Echo hat. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Auffassung dazu beitragen soll, gewissen inneren Finanzoperationen Frankreichs eine Stütze zu geben.

Ein neuer Erfolg der Riffablen

Paris, 16. Juli.

Aus sicherer Quelle wird berichtet, daß die Garnison von Aghans, 20 Kilometer nördlich von Ouzgan, von den Riffablen genommen worden sei. Die Garnison soll gefangen genommen und in das Innere des Landes abgeführt worden sein.

Marokko-Verposität in Paris

Paris, 17. Juli.

Die Verposität der Presse über die Vorgänge in Marokko kommt in sich vielfach widersprechenden Meldungen und in Vorschlägen zum Ausdruck, wobei der Krieg vollständig mit einem Schlag beendet werden soll. „Le Monde“ teilt mit, daß ein, alle verfahrenen Flugzeuge nach Marokko zu senden. Erst dann werde die Armee mitgeführt sein, wenn vom Himmel ein Flugzeug falle. Da auch andere Blätter die Anwendung starker Flugzeuge fordern, ist anzunehmen, daß sich die Regierung mit dem Gedanken trägt, in stärke grüßere Gewehre nach Marokko zu schicken. Weiter erklärte der Leiter der Armee: Vor allen Dingen müsse bei den Truppen die nun schon montiert in Marokko über...

Bänder selbst einzugreifen. Allerdings wurde damals ausdrücklich vereinbart, daß dieser Eingriff nur soweit gehen dürfe, als es das Eigenleben der Länder und ihre Selbstständigkeit gestalte. Im September 1919 ging die Einkommensteuer auf das Reich über, aber zu gleicher Zeit wurde den einzelnen Ländern eine Mindestgarantie eingeräumt auf das Einkommen aus diesen großen Steuererträgen durch die Ueberweisungen.

Seit Jahren ist nun ein stiller Kampf um die Art des dadurch notwendig gewordenen Einkommensgleiches. 1920 sollten durch Gesetz 75 Prozent aus der Körperschafts- und Einkommensteuer den Ländern zugewiesen werden, den Gemeinden 15 Prozent aus der Umsatzsteuer. Die Länder sollten dazu das ganze Einkommen der Grundsteuerbesitzer haben und nur 50 Prozent an die Gemeinden zahlen. Weil man aber im Reich überzeugt war, daß damit die Länder nicht auskommen könnten, wurden den Ländern zur Befriedigung ihrer Beamtenbedürfnisse Ueberweisungen. Damals schon verlangte der Reichstag nach einer anderen Regelung der Finanzverhältnisse, weil mit der oben beschriebenen die größte Abhängigkeit der Länder dem Reich gegenüber herbeigeführt worden war.

Mit die 3. Einkommensreformung kam, hatte sich der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann als Reichsfinanzminister auf den Standpunkt der erforderlichen reinlichen Scheidung gestellt und erklärt, daß unter allen Umständen eine Trennung der Steuerquellen erforderlich sei. Als am 1. Januar 1925 aber der Entwurf eines neuen Finanzangebots vorlag, war von Trennung keine Spur darin zu entdecken. Im Gegenteil, die Reichsregierung will Bayern zurückzuführen von 90 Prozent des Anteils an der Körperschafts- und Einkommensteuer auf 75 Prozent. Das bedeutet natürlich eine ganz genaue Verminderung des Anteils der Länder, der ihnen von dieser Steuer noch abfließt. Die Umsatzsteuer ist zurückgeführt von 1/4 auf 1/4 Prozent; davon sollen Bayern bis 1. April 1926 35 Prozent anfallen, aber vom 1. April 1926 ab sollen die 35 Prozent geteilt werden auf 30 Prozent. Was aber die Vermögenssteuer angeht, so behauptet Dr. Feld, haben alle Länder die Ueberzeugung, daß sie unmöglich mit dem Summen, die aus diesen Ueberweisungen für sie entfallen, auch nur einigermaßen ihren sozialen Aufgaben und Bedürfnissen gerecht werden können.

„Die einzelnen Länder können es nicht ertragen, daß ihnen in dieser Weise der Brotkorb höhergehängt wird“, sagte Dr. Feld.

Wenn mit dieser Ueberwindung geht zu gleicher Zeit Schritt für Schritt die handschüttliche Entzweiung der einzelnen Länder und die Streitigkeit und Selbsthändigkeit der einzelnen Länder steht auf dem Spiel; sie ist im höchsten Maße gefährdet.“

Wie inzwischen bekannt geworden ist, hat sich Dr. Feld noch am Dienstagabend nach Berlin begeben, um dort auf den Ernst der Lage hinzuwirken. Was den ebenfalls bereits seine Stimme erhoben und Preußen hat gegen die beschriebene Ueberwindung des Einkommensvertrages, der die Einkommensstellung genommen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten findet bekanntlich Freitag in Berlin statt.

So ernst die Lage zweifellos ist, so muß man doch die Ruhe bewahren, auch im Sturm. Der ganze Fragenkomplex ist letzten Endes eine Auswirkung des ungelassenen Verfalls der Verträge, und es könnte seinen Ursprung nur wassen, wenn wir uns jetzt gegenseitig die Köpfe darun einschlagen. Wir haben auch, daß wir es mit dem Schritt in Berlin nicht mit einer Konfession zu tun haben, sondern daß es ein Kampf aller Länder um ihre nationale Selbstständigkeit ist. Freilich steht hinter Dr. Feld eine Macht, denn er kann sich nicht auf einen künftigen Beschluß des Reichstages verlassen. Alles was man darf von dem Hagen, überlegen und zielbewusst Staatsmann, als der er sich bisher immer gezeigt hat, Mühsung erwarten. Zum mindesten dürfte er jetzt selbst darüber klar sein, daß eine Neuorientierung der bayerischen Politik, die von bestimmter Außenpolitik natürlich gern gesehen würde, nicht in Betracht zu kommen braucht. Es würden sonst alle die schönen Stunden, in denen die Staatsmänner in letzter Zeit — z. B. in München zur Einweihung des Deutschen Museums — „breifend mit viel schönen Reden“ bestimmten haben, in den Wind gesprochen sein.

Noch einmal das Stargarder Eisenbahnstück

Berlin, 17. Juli.

Galamblich wird gemeldet, daß die deutsche Regierung unter eingehender Vorlegung ihres Rechtsstandpunktes der polnischen Regierung in ihrer am 10. Juli in Warschau überreichten Note erklärt hat, daß sie für die Lösung des ungelösten polnischen Eisenbahnstücks gemäß dem Geschäftsverbot vom 7. Juli 1921 baifbar mocht. Demgemäß wird sie durch das Reichsverkehrsministerium der polnischen Eisenbahndirektion in Denzig die Schuldnerforderungen der geschädigten Personen oder der Hinterbliebenen übermitteln.

Die oberösterreichische Frage vor dem Haager Schiedsgerichtshof

Amsterham, 16. Juli.

Am großen Saale des Friedenspalais im Haag fand heute vormittag unter großer Teilnahme die Verhandlung der Frage der oberösterreichischen Interzession in Oerfischen in dem internationalen Schiedsgericht statt. Unter den Anwesenden befanden sich der holländische Justizminister, die Gesandten von Deutschland, Polen, Frankreich, Griechenland und Rumänien, die Geschichtsträger der Fischhofsanfrage, der Fürst, Österreichs und Ungarns und verschiedene andere Gesandte sowie zahlreiche Beobachter und Embassiden der Akademie für internationales Recht. Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist noch nichts bekannt geworden.

Farbige Franzosen als Strafenruher

Leubwischhofen, 15. Juli.

Vier marokkanische Soldaten überleben in der Nacht vom 7. zum 8. Juli im Wozent-Raumseinem Wozent, dem sie nach schweren Kämpfen die Weisheit des zu entziehen suchten. Während es dem Ueberfallenen gelang, sich noch in Sicherheit zu bringen, wurde unmittelbar darauf ein Wank in einem von denselben Marokkanern die Weisheit des Wozent nach Marokko gebracht. Auch dieser Ueberfallene wurde selber mitbewahrt. Ein französischer Offizier des besagten Truppenenteils drang am Tage vorher in Begleitung eines Marokkaners in die Wohnung eines deutschen Kaufmanns ein, dessen Sohn das Kind des französischen Offiziers mit einer Kleinwunde verlor, nachdem er dieses beim Wozent von der Seitenmutter seines Elternhauses überzogen hatte.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter

Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeiterverbände in der Prov. Sachsen und Anhalts hat als das folgende mit:

Die Auswertung sämtlicher Bauarbeiten in der Provinz Sachsen und Anhalt ist am 13. Juli abends in Kraft getreten. Die Hauptarbeiten werden ausgeführt.

Die Arbeitgeber stellen in ihrer Stellung den Lohnsatz so dar, als wenn die Arbeitgeber die Arbeitgeberinnen ganz genau bei der Arbeitgeber Tarifpreis innerhalb des Tarifgebietes mit einer Auswertung beantwortet würden, sie haben eine freie Lust mehr, sich einzeln von den Arbeitnehmern abschließen zu lassen.

Die Bauarbeiter stellen in ihrer Stellung den Lohnsatz so dar, als wenn die Arbeitgeber die Arbeitgeberinnen ganz genau bei der Arbeitgeber Tarifpreis innerhalb des Tarifgebietes mit einer Auswertung beantwortet würden, sie haben eine freie Lust mehr, sich einzeln von den Arbeitnehmern abschließen zu lassen.

Wie wir vom dem Bezirksarbeiterverband für das Bauwesen und verwandte Betriebe für die Provinz Sachsen und Anhalt erfahren, hat kein einziger organisierter Unternehmer eine Lohnsenkung bewilligt.

Zusammenfassung der Reichsfinanzen im Juni. Nach der Überlieferung über die Geldbewegung bei der Reichsbank im Juni Juni betrugen die Einzahlungen in diesem Zeitraum 94,66 Mill. M., der Abzug 84,92 Mill. M., so daß sich für den Monat Juni ein Zahlungsbilanz von 9,74 Mill. M. ergibt.

Die Amerikaner in der Prov. Sachsen. Wie wir erfahren, ist nunmehr die Höhe der Zeichnung aufzuliegen. Die neue Anleihe in Amerika beträgt 3 1/2 Millionen Dollar.

Verzinsung des deutschen Bauwesens für öffentliche Bauten in Berlin. Die periphere Regierung hat auf die Ausarbeitung für eine Reihe großer Bauarbeiten die Verzinsung der öffentlichen Bauten für den Zeitraum 1924 bis 1926 festgesetzt.

Polenischer Millionenauftrag für die Industrie A.G. in Berlin. Wie bekannt, hat die Industrie A.G. von der Stadt Berlin einen bedeutenden, mehrere Millionen umfassenden Auftrag erhalten.

Veränderung des notwendigen Höchstpreises nach Deutschland in Berlin unter der Bezeichnung „Notwendige Kommoditäten für die Preise aus Norwegen“ eine besondere Vermittlungskommission eingerichtet worden.

Internationale Angliederung von Eisenbahnfrachten. Die Vorbereitung eines internationalen Eisenbahnverkehrsabkommens ist in der Form einer Konferenz der Eisenbahnverwaltungen aufgenommen worden.

Deutscher Automobilmarkt wird in erster Linie von Amerika beeinflusst. Im Jahre 1924 sind in erster Linie die amerikanischen Autos in Deutschland am stärksten vertreten.

Wachsende Konkurrenz der russischen Rohle. Wie der D. H. D. von Solomiti erzählt, macht sich Russlands Rohle Konkurrenz mit England und Italien

empfindlich bemerkbar. Auch die „Times“ geben die Klagen der Strohexporteure in Wales wieder, denen zufolge die russische Rohle in Griechenland in zunehmendem Maße Absatzmöglichkeiten nehme.

Preisrückgang für Klavier. Das Exportgeschäft der Klavierindustrie. Der Verband deutscher Klavierfabrikanten hat in den letzten Tagen in seiner Zusammenkunft in Kassel beschlossen, an dem Umbau der Klavierindustrie nach dem Vorbild der englischen Klavierindustrie zu arbeiten.

Berliner Devisenkurse

Table with exchange rates for various currencies including Japan, Buenos Aires, London, New York, etc.

Magdeburger Börse vom 17. Juli

Table with market prices for commodities like wheat, flour, and oil.

Berliner Börsenmitteilung

Bei Beginn der Börse war die Tendenz allgemein matt, namentlich am Montanmarkt. Es hat den Anschein, als ob hier erhebliche Aktienabgabe in den Markt kamen, die angeblich aus Streifen des Stinneskonzerns herbeigeführt seien.

Frankfurter Kleinbörse

Der Verlauf der Kleinbörse war nahezu lebenslos. Die Notierungen, die zustande kamen, zeigten bereinigt gegenüber der Marktsituation eine geringfügige Besserung.

Produkte

Magdeburg, 17. Juli. (Goldmarkpreise.) Weizen 13,25 bis 13,40, Roggen 11,50-11,75, Wintergerste 10-10,25, Hafer 12,75-13, Mais 10,50-10,75, Weizenrohfrucht 14-15,50

Suder

Magdeburg, 17. Juli. Promitt 2,50; Juli 2,50, 21,75, 22; August 2,50, 21,75, 22; September 2,50, 21,75, 22; Oktober 2,50, 21,75, 22; November 2,50, 21,75, 22; Dezember 2,50, 21,75, 22

Dampfer-Bewegungen am 15. Juli

Dampfer-Bewegungen am 15. Juli. (Vogel'sche Eisenbahn-Gesellschaft.) D. „Gruhl“ 10. 7. von Sagan, ausgehend; D. „Lobenstein“ 10. 7. von Sagan, ausgehend; D. „Speer“ 11. 7. von Bremen, kommend; D. „Cuba“ 11. 7. in Hamburg, angekommen; D. „Oliva“ 11. 7. von Hamburg, kommend; D. „Aranga“ 12. 7. in Hamburg, kommend; D. „Ems“ 12. 7. in Hamburg, kommend; D. „Ludwig“ 12. 7. von Hamburg, kommend; D. „Meris“ 13. 7. von Havana, ausgehend; D. „Wolf von Vacher“ 13. 7. von Port Said, kommend.

Export nach Peru. Peruanische, die Interesse an Exportgeschäften mit Peru haben, wollen die Deutsche-Berlinerische Gesellschaft, 10. in München, Markt, 5, wenden. In Betracht kommt Kolonialbedarf jeder Art, soweit es sich um Qualitätsware handelt, die geeignet ist, bei einer Ständigen deutschen Mission“ empfohlen zu werden.

Das Resultat der Anleihe-Aufwertung

Ueber die technische Durchführung der Ablösung der Reichsanleihe des Reiches nach den Ausfuhrbedingungen in 3. Leistung werden folgende Einzelheiten bekanntgegeben:

Die Anleiheablosungsbedingung des Reiches, in die die Reichsanleihe des Reiches (Schuldbriefe) aufzulösen werden, kann von den Gläubigern nicht geändert werden, sie wird bis zu dem durch Gesetz festzulegenden Erlös der Reparationsverpflichtungen nicht vermindert.

Berliner Devisenkurse

Table with exchange rates for various currencies including Japan, Buenos Aires, London, New York, etc.

Magdeburger Börse vom 17. Juli

Table with market prices for commodities like wheat, flour, and oil.

Berliner Börsenmitteilung

Bei Beginn der Börse war die Tendenz allgemein matt, namentlich am Montanmarkt. Es hat den Anschein, als ob hier erhebliche Aktienabgabe in den Markt kamen, die angeblich aus Streifen des Stinneskonzerns herbeigeführt seien.

Frankfurter Kleinbörse

Der Verlauf der Kleinbörse war nahezu lebenslos. Die Notierungen, die zustande kamen, zeigten bereinigt gegenüber der Marktsituation eine geringfügige Besserung.

Produkte

Magdeburg, 17. Juli. (Goldmarkpreise.) Weizen 13,25 bis 13,40, Roggen 11,50-11,75, Wintergerste 10-10,25, Hafer 12,75-13, Mais 10,50-10,75, Weizenrohfrucht 14-15,50

Suder

Magdeburg, 17. Juli. Promitt 2,50; Juli 2,50, 21,75, 22; August 2,50, 21,75, 22; September 2,50, 21,75, 22; Oktober 2,50, 21,75, 22; November 2,50, 21,75, 22; Dezember 2,50, 21,75, 22

Dampfer-Bewegungen am 15. Juli

Dampfer-Bewegungen am 15. Juli. (Vogel'sche Eisenbahn-Gesellschaft.) D. „Gruhl“ 10. 7. von Sagan, ausgehend; D. „Lobenstein“ 10. 7. von Sagan, ausgehend; D. „Speer“ 11. 7. von Bremen, kommend; D. „Cuba“ 11. 7. in Hamburg, angekommen; D. „Oliva“ 11. 7. von Hamburg, kommend; D. „Aranga“ 12. 7. in Hamburg, kommend; D. „Ems“ 12. 7. in Hamburg, kommend; D. „Ludwig“ 12. 7. von Hamburg, kommend; D. „Meris“ 13. 7. von Havana, ausgehend; D. „Wolf von Vacher“ 13. 7. von Port Said, kommend.

Export nach Peru. Peruanische, die Interesse an Exportgeschäften mit Peru haben, wollen die Deutsche-Berlinerische Gesellschaft, 10. in München, Markt, 5, wenden. In Betracht kommt Kolonialbedarf jeder Art, soweit es sich um Qualitätsware handelt, die geeignet ist, bei einer Ständigen deutschen Mission“ empfohlen zu werden.

Zuckersteuerverordnung und Zuckerrübenanbau

Staatliche Zuckerfabrikatorn Kammer, K. u. K.
 In dem Entwurf „Gesetz zur Abänderung von Verbrauchssteuern Artikel 4. Zuckervertrag“ wird seitens der Regierung eine Abänderung der Steuerordnung dahingehend vorgeschlagen, daß die Steuer am nächsten Tage des 2. Monats fällig wird, der auf den Monat folgt, in dem die Steuerfälligkeit entfallen ist. Seit 1908 bis zum Jahr 1928 war die Zuckerverordnung gegen Stellung einer Einsicht der Steuer auf sechs Monate gestundet.

Diese Regelung nahm ferner Rücksicht auf die in den Zuckerfabriken und auch in der Zuckerindustrie (Zuckerfabrikation) bestehenden besonderen Verhältnisse. Sie ermöglichte es den Zuckerfabrikanten, der Landwirtschaft, während der Beginn der Arbeit, also zu einer Zeit, wo im günstigen Falle nur 1/3 bis die Hälfte des Zuckers fertig ist, den Rücklagen die notwendigen Ausgaben zu zahlen.

Das Jahr 1929, in welchem die Einführung und die Geltendmachung einer Abänderung erzielte, verlangte die Regierung, um sich vor der harten Entwertung des Geldes zu sichern, die Abänderung nicht auf 3 Monate zu beschränken. Mit weiterer Abänderung der Steuerordnung im Jahre 1929 ist die Abänderung dann wieder herabgesetzt und zwar in der Form, daß die Steuer für Zucker, für den bis zum 15. eines Kalendermonats eine Steuerfälligkeit entfallen war, am 20. Tage desselben Monats, mit der Steuer des Zuckers, für den in der ersten Hälfte des Kalendermonats eine Steuerfälligkeit entfallen war, am nächsten Tage des nächsten Monats fällig wurde.

Diese Maßnahmen, die mit Rücksicht auf die damalige Lage der Wirtschaften ohne weiteres verständlich waren, sollen nachher nur vorübergehenden Charakter haben. Mit der Stabilisierung der Währung und der Herabsetzung der Steuern in Zollmark, sind aber die Gründe weggefallen, die übernehmend zur Abschaffung der Steuerordnung geführt haben. Infolgedessen muß ein normaler Verhältniß wieder hergestellt und die Wirtschaften in die normale Lage gebracht werden. Diese ist nicht möglich, wenn die jetzigen Steuerordnungen weiter eingeführt werden, so würden der heimischen Zuckerindustrie und der für die rückständigen Landwirtschaft die größten Schwierigkeiten begegnen.

Die Zuckerfabriken können bezüglich ihrer Finanzverhältnisse gegenüber den rückständigen Landwirtschaften nachkommen, durch Steuerermäßigung von Ausnahmestellen. Die die die 12 bis 16 Proz. an Zinsen aufbringen haben. Die Herabsetzung der Zinsen ist jedoch nicht möglich, da die Zinsen eine wesentliche Hilfe für die Landwirtschaft, die anerkanntermaßen bezüglich ihrer schwierigen Kreditverhältnisse zu sehen hat, bedeuten. Mit doch schon die Zinsenabnahme von 647 000 Schilling im Jahre 1918 auf 387 000 Schilling im Jahre 1928 zurückgegangen. Von der Zinsenabnahme entfallen 100 000 Schilling auf abgetretene Gebiete und 80 000 Schilling auf die infolge der Kreditnot bedingte Einschränkung. Die Verminderung der Zinsen, die in der Landwirtschaft einen Anreiz zum Anbau von Zuckerrüben bilden würde, und die damit einhergehende Abnahme der Zinsen, die in der Zuckerindustrie einen Anreiz zum Anbau von Zuckerrüben bilden, sondern auch im Interesse der Verbraucher. Die hohen Zinsen für die Kredit, die heute eine Vertierung des Zuckers um ungefähr 10 Proz. ausmachen, würden in der Zuckerindustrie ein Entschädigung der Produktionskosten in den Zuckerfabriken, die heute wegen ungenügender Ausnutzung der Produktionsbedingungen einen erheblichen Verlust haben, würde möglich sein und somit für den Verbraucher eine Entbilligung des Zuckers einleiten.

Die Gemeindefabrikanten Deutscher Hypothekendarlehen = Thüringische Staatsbank. Aus Weimar wird uns gemeldet: Nach amtlicher Mitteilung ist durch freundliche Vermittlung zwischen der Gemeindefabrikanten Deutscher Hypothekendarlehen und der Thüringischen Staatsbank in Weimar das Bestehen einer Gemeindefabrikanten Deutscher Hypothekendarlehen neben dem Konsortium befindliche Aktienkapital der Thüringischen Landeshypothekendarlehen-Gesellschaft, ehemals Bank für Großkredit in Weimar, auf die Thüringische Staatsbank in Weimar übertragen. Die Thüringische Staatsbank ist jetzt alleinige Besitzerin der Thüringischen Landeshypothekendarlehen. Es ist beabsichtigt, die Verwaltung der Hypothekendarlehen künftig in Verbindung mit der Staatsbank zu führen. Für die Verwaltung der Thüringischen Landeshypothekendarlehen wird außer der nach dem Hypothekendarlehen-Gesetz für die vorgeschriebenen Hypothekendarlehen die volle Haftung des Landes Thüringen bestehen, wodurch die Hypothekendarlehen-Gesellschaft wird. Die Gemeindefabrikanten Deutscher Hypothekendarlehen sind genehmigt, betriebl. und verwaltet hat, leistet durch die numerisches Interesse an der Bank dem Lande Thüringen einen wertvollen Dienst, um

die Weiterentwicklung der Bank als einer auf gemeindefabrikantlicher Grundlage ruhenden öffentlichen Bankanstalt zu ermöglichen. Das Geschäftsgeschäft der Gemeindefabrikanten und der Thüringischen Landeshypothekendarlehen wird nach dem Wunsch der Staatsbank und der Thüringischen Regierung sowie der Gemeindefabrikanten auch fernerhin ein freundschaftliches bleiben. Die Gemeindefabrikanten wird auch weiterhin Aufsichtsrat der Thüringischen Landeshypothekendarlehen vertreten sein. Daimler-Motoren-W.G. Zu den unklarheiten Gerüchten über Unstimmigkeiten in der Verwaltung nimmt die Gesellschaft in folgender Erklärung Stellung: „Meinungsverschiedenheiten zwischen Aufsichtsrat und Vorstand bestehen nicht. Infolgedessen kann von einer Abfertigung des gesamten Vorstandes auszugehen, keine Rede sein. Die Gerüchte sind offenbar darauf zurückzuführen, daß bei den Firmen Benz und Daimler zuerst ein Delegierter der Verwaltung tätig ist (Kommerzienrat Dr. Franz Rheinische Strodtmann), der neben anderen Aufgaben die Frage prüft, ob und in welcher Form die Gesellschaft bei Abfertigung des gesamten Vorstandes in Aussicht genommene Funktion sich durchführen läßt.“

Zuckerraffinerie Genthin, A.G. Die G.R. ermächtigt den A.G., das Grundkapital durch Ausgabe von neuen Aktien bis zum Betrage von 2 Mill. RM. unter Ausnutzung des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen und die Einzelheiten der Aktienbegebung festzusetzen. Weiter wurde dem Verkauf der Aktien der Zuckerraffinerie Genthin und Frankreich in Belgien. Die Gesellschaft wird nach Durchführung der Zeichnungen über ein Kapital von 2 500 000 RM. verfügen bei einer schwebenden Schuld von 1,5 Mill. Das Unternehmen besitzt eine Verarbeitungs-Kapazität von mindestens 40 000 Zentnern Rüben pro Tag und eine Raffinerie, die auf einer Verarbeitung von 2 Mill. Ztr. Rüben eingerichtet ist für die benötigten Mengen. Gegen den Beschluß der Verammlung der Aktion von Rüben und Frankreich stimmte der Vertreter des ostpreussischen Direktors Gennede.

Barbar Balswert — Otto Stinnes Olen A.G. Heber die Höhe der Verpflichtungen, die das Barbar Balswert gegenüber den Gläubigern betragen, ist in der letzten Zeit sehr differierende Äußerungen veröffentlicht worden. Wie wir hören, könnten sich die hohen Äußerungen (u. a. war von einer, offenbar dem Stinneskonglomerat nachteiligen, Seite die Summe von 6 Mill. RM. genannt worden) nur auf den Fall beziehen, daß die Forderungen des Barbar Balswert mit verschiedenen Vermögenswerten, die in der letzten G.R. beschlagnahmt worden sind, dies ist aber, wie wir hören, nicht geschehen, die Beschlagnahme sind nicht eingetroffen. Das Olen des Barbar Balswert allein ist daher erheblich niedriger, so daß die gleichfalls genannte Äußerung von 1 1/2 Mill. RM. wahrscheinlich für möglich ist. Samstag findet eine neue Veranschaulichung beim Barbar Balswert statt, in der die Klarstellung der Verpflichtungen erfolgen wird.

A.G. für chemische Produkte vorm. Erdbeinhaber. Aus dem Propekt, den die Gesellschaft aus Anlaß der Einführung von 15 Mill. RM. neuen Aktien an der Berliner Börse veröffentlicht hat, ersieht man, daß die Gesellschaft in der Lage des Unternehmens, wie sie aus einer per 30. April d. J. aufgestellten Zwischenbilanz hervorgeht, gegenüber dem Zeitpunkt der Veranschaulichung (1. Oktober 1924) wesentlich vergrößert hat. Während damals Verpflichtungen in Höhe von 3 277 312 RM. verzeichnet waren, ist die Verschuldung bis zum 30. April d. J. auf 6 833 311 RM. angewachsen, und zwar hat sich insbesondere die Verschuldung an die Banken wesentlich verändert. Sie betrug heute 2 265 311 RM. gegen 1 430 RM. am 1. Oktober 1924. Weiterhin ist neu hinzugekommen eine Forderung von 800 244 RM. Eine Angabe über die Höhe der Waren- und Materialrücklage wird nicht gemacht, es wird aber mitgeteilt, daß diese sich der Menge und dem Werte nach gegenüber dem Stande am 1. Oktober 1924 bedeutend erhöht haben. Ueber die Geschäftslage wird ausgeführt, daß der Umsatz der deutschen Unternehmens noch nicht die Forderungsbilanz erreicht hat, daß es aber eine aufsteigende Richtung zeigt. Die Größtgewinne werden durch die allgemein bekannten Verhältnisse, insbesondere durch den Wettbewerb mit dem Ausland, das in den Produkten der Gesellschaft auf sehr niedrigen Preisen auf dem Markt ist, beeinträchtigt. Einleger sind der Gesellschaft, der meisten ausländischen Beteiligungen, als aufrechterhaltend beizubehalten.

Die Textil-, Schuh- und Lederwerke in Kiel findet im Rahmen der Reichsfeier Messe vom 12.-15. September statt.

Amerikanische Börsenberichte

(Punktkosten)	New York, 16. Juli.	Not. v. 16.7.	Not. v. 15.7.
Wgl. Feld.	Devisenkurs v. 3 Uhr nachm.	59 1/2	4 1/2
London (Cable Transf.)		4 3/4	4 3/4
(60 Tage)		4 3/4	4 3/4
Paris		4 7/8	4 7/8
Brüssel		4 1/2	4 1/2
Rom		4 1/2	4 1/2
Madrid		19 1/2	19 1/2
Wien		20 1/2	20 1/2
Amsterdam		18 1/2	18 1/2
Stockholm		17 1/2	17 1/2
Christiana		17 1/2	17 1/2
Kopenhagen		17 1/2	17 1/2
Prag		17 1/2	17 1/2
Warschau		17 1/2	17 1/2
Budapest		17 1/2	17 1/2
Belgrad		17 1/2	17 1/2
Athen		17 1/2	17 1/2
Buenos Aires		17 1/2	17 1/2
Rio de Janeiro		17 1/2	17 1/2
Berlin		17 1/2	17 1/2
Silber, ausländisches		17 1/2	17 1/2
Kaufes, Santos Nr. 14, loco		17 1/2	17 1/2
Rio Nr. 7, loco		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Baumwolle, loco		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Baumwollzw. a. Atl. u. Golftäten		17 1/2	17 1/2
Elektrolytkupfer, loco		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Zinn, loco		17 1/2	17 1/2
Blau, loco		17 1/2	17 1/2
Wismut, loco		17 1/2	17 1/2
Eisen		17 1/2	17 1/2
Wellblech		17 1/2	17 1/2
Bessemer, loco		17 1/2	17 1/2
Schweiß, prima Western		17 1/2	17 1/2
Talk extra, loco		17 1/2	17 1/2
Baumwollsaat, loco		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Petroleum in Cases		17 1/2	17 1/2
Standard white		17 1/2	17 1/2
Bessemer, per Juli		17 1/2	17 1/2
Zucker, Zentrifugal, per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Kautschuk, first latex crepe, loco		17 1/2	17 1/2
smoked sheet		17 1/2	17 1/2
Terpentin		17 1/2	17 1/2
Savannah-Terpentin		17 1/2	17 1/2
New Orleans-Baumw. loco		17 1/2	17 1/2
Weizen, Hartwinter neue Ernte, loco		17 1/2	17 1/2
Rotwinter		17 1/2	17 1/2
Malz		17 1/2	17 1/2
Mehl, spring wheat clear		17 1/2	17 1/2
Getreidefracht nach England		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
Chicago, 16. Juli.		17 1/2	17 1/2
Weizen per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2
per Oktober		17 1/2	17 1/2
per November		17 1/2	17 1/2
per Dezember		17 1/2	17 1/2
per Januar		17 1/2	17 1/2
per März		17 1/2	17 1/2
per Mai		17 1/2	17 1/2
per Juli		17 1/2	17 1/2
per August		17 1/2	17 1/2
per September		17 1/2	17 1/2



Und es rauscht die Saale...



Blick von den Cröllwitzer Felsen auf das Saaletal und Burg Giebichenfeld

Liebe, traute Saalehöb'n
Mit den Burgruinen!
Stolze Wolkenfahnen wehn,
Und ich lieg' im Grünen.

*
Birken rauschen, leise, lind
Mir von fernem Stunden,
Wo ein holdes Ritterkind
Einst sein Glück gefunden.

*
Und im Abendglühen
Lausch' ich Phantasien.

Zeiten kommen, Zeiten gehn,
Immer rauscht die Saale.
Ist sie heut' nicht grad' so schön,
Wie beim Rittermahl?

*
Just weht mir zur Augenweid'
Dort im Abendwinde,
Aus dem Grüneinweißes Kleid
Von 'nem holden Kinde.

*
Wie die Alten sangen,
Zwitschern auch die Jungen.

Auch wenn unsre Zeit vorbei,
Weht noch hier im Tale
Fliederduft und Liebesmai,
Und es rauscht die Saale.

*
Zeiten gehn zum Meer hinab,
Wie der Fluß zu Füßen,
Alle Leut' gehör'n ins Grab,
Junge wollen küssen.

*
Mädel, komm an meine Seit',
Denn für mich ist noch das Heut'!

Bild und Gedicht von Ad. S.

ehen
arlanter
rei bühn
habie,
korstraße 2
Macht.

anos
o n o s, eifund
uch auf Zeitpa
idauer
y Wählmet.
Str. 8. 22.

äden
ousien
enservolen
no reparat
udolph & S
to Tel. 11

ade wanne
23 Markt an
Die. Gachm
er. Straße 14

stausch

Empfehlunge

ER

en
Gr. Mär
el. 6313

ker
ntier

stallen

engier,
Tel. 1106.

antion

Hunold
Tel. 4022

riken

ASSIPI-
2222

ffl

nz

mann,
7709. 6001.

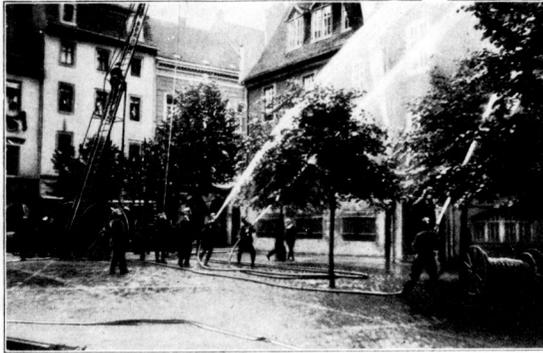
inen

41.-868.

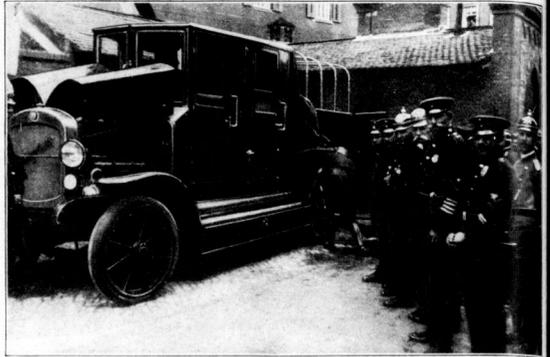
te.



Ein Ehrentag der Merseburger Feuerwehr



Die Feuerwehr im Angriff



Die neue Motorpritze der Merseburger Feuerwehr

Die Merseburger Freiwillige Feuerwehr konnte am 20. Juni auf ihr 60jähriges Bestehen zurückblicken. In Anbetracht dieses seltenen Ehrentages fand eine große Festveranstaltung statt, die ihre besondere Bedeutung noch dadurch erhielt, daß mit diesem Jubiläum gleichzeitig der 44. Verbandstag der Freiwilligen Feuerwehren im Regierungsbezirk Merseburg vereinigt worden war. Großzügige Vorbereitungen waren von den Merseburgern getroffen worden. Am Sonntagabend fand ein Sackelzug durch die Straßen statt. Von über 172 Wehren der Umgebung waren Vertreter erschienen. Unter ihnen sind besonders zu erwähnen: Branddirektor Ernst Sangerhausen, und Kreisbrandmeister



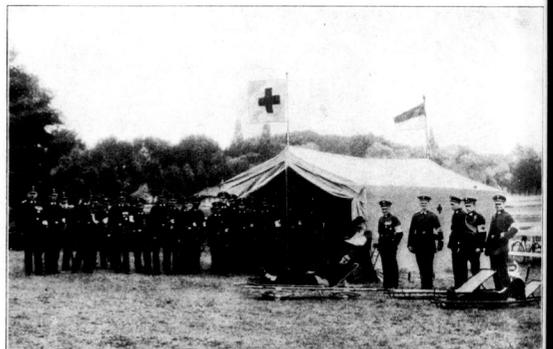
Die Herren von der Brandkommission

Kaspar, Delisch. Die Hauptversammlung hatte Branddirektor Krödel, Seitz eröffnet, der die Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden sowie die der Feuerlosgesellschaft begrüßte. Besonders interessant an seinen Ausführungen war, daß im verfloßenen Jahre allein 22 Freiwillige Feuerwehren sowie eine Werksfeuerwehr dem Verbandsbeigetreten sind. Am Sonntagvormittag fanden an verschiedenen Stellen der Stadt größere Löschübungen statt. Obiges Bild zeigt die Freiwilligen Feuerwehrleute bei einem Löschversuch am Rathaus. Mit reger Anteilnahme verfolgten die Behörden und Bevölkerung die Übungen. Am Nachmittag fand ein großer Umzug statt, an welchem über 1600 Feuerwehrleute teilnahmen.

Das Rote Kreuz über Halle

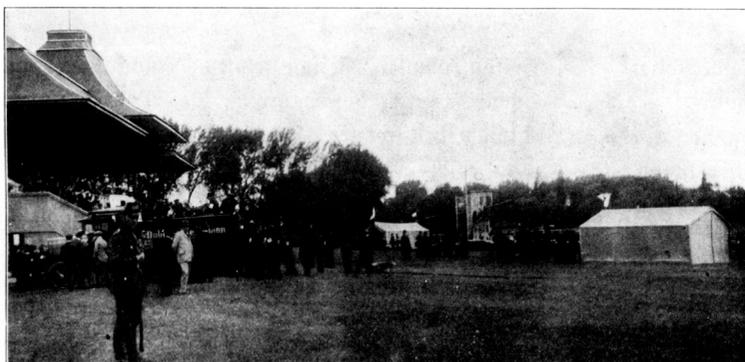


Transport der Verwundeten



Eine „liegende Station“

Zum vierzehnten Male versammelte sich am Sonntag, dem 21. Juni, der „Verband der freiwilligen Sanitätskolonnen und Genossenschaften freiwilliger Krankenpfleger vom Roten Kreuz der Provinz Sachsen“ in unserer Saalestadt, wo er vor 20 Jahren gegründet worden war. Der besondere Anlaß hierzu war das 25jährige Jubiläum der halleischen Krieger-Sanitätskolonne, das durch diese Tagung einen würdigen Rahmen erhielt. Nach einem Begrüßungsabend am Sonntagabend im Stadtschützenhaus nahm die Tagung bereits am Sonntag, morgens 8 Uhr mit Sanfarengelesmetter einen vielversprechenden Anfang. Nach der Hauptversammlung, die vor allem der Erledigung geschäftlicher



Die Großübung auf der Rennbahn

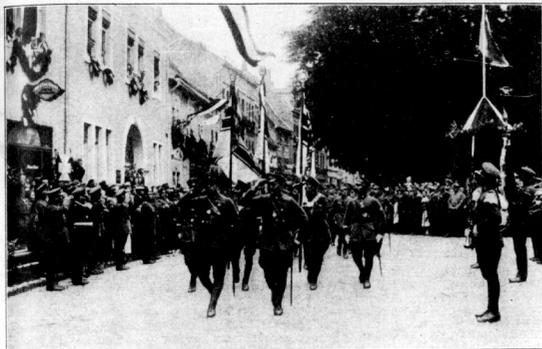
Sragen diente, nahm gegen 11 Uhr im Garten des Stadtschützenhauses die Freiwillige Sanitätskolonne Rammendorf Aufstellung, um ihre vorbildliche — übrigens selbstgefertigte — Krankenträgerausrüstung praktisch vorzuführen. Das eigentliche Ereignis des Tages bildete die Großübung der drei halleischen Kolonnen auf der Rennbahn. Die ganze Durchführung, an der neben mehreren Lastkraftwagen auch der neue Krankenträgerwagen unserer Feuerwehr teilnahm, legte Zeugnis ab, daß die Provinzialinspektur von so ausgezeichnete Durchbildung ab, daß Oberregierungsmedizinalrat Dr. Berger dem Führer Dr. Lehmann und den Mannschaften in der Kritik uneingeschränkte Anerkennung ausproch-

von so ausgezeichnete Durchbildung ab, daß Oberregierungsmedizinalrat Dr. Berger dem Führer Dr. Lehmann und den Mannschaften in der Kritik uneingeschränkte Anerkennung ausproch-

Deutsche Weihefeste

Es ist ein Zeichen für das Wiedererwachen des deutschen Geistes, daß wir fast jeden Sonntag in Stadt und Land von Deutschen Tagen und Sabnenweihen berichten können. Großen Dank müssen wir deshalb allen den Männern sollen, die sich mit aufopfernder Liebe und Hingabe in den Dienst dieser hohen Sache stellten. Untere untenstehenden Bilder geben hierüber ein beredtes Zeugnis. Die ersten beiden Aufnahmen führen uns den Frontsoldatentag in Sangerhausen vor Augen, der am 5. Juli stattfand. Mit einem Armeegedächtnismarsch wurde er am Sonnabend eingeleitet. Am Sonntag strömten von allen umliegenden Städten und Ortschaften die Frontsoldaten heran, um sich gegen Mittag auf dem Schützenplatz zu einer großen Kundgebung zu versammeln. Gegen 3 Uhr rückte die Sabnenkompagnie mit 119 Holzen Sabnen heran. Die Festandacht hielt Feldprediger von Stein, ein Sohn des alten Generalquartiermeisters von Stein. Nach Gebet und Segen erteilte Admiral Scheer die Fanzel zu einer kurzen, aber kernigen Rede. Anschließend fand

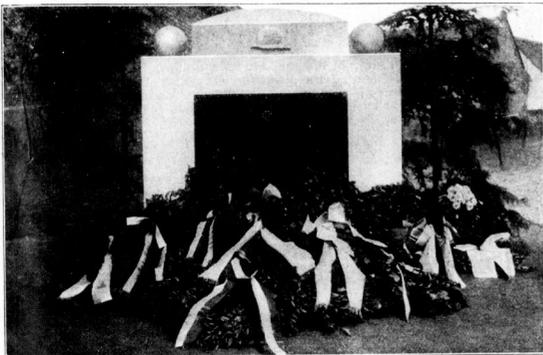
die Weihe von 7 Ortsgruppenfabnen statt. — Doch nicht nur an großen Plätzen gilt es, Begleitung zu wecken, sondern ebenso notwendig ist es, auch in den Dörfern für den Gedanken des Deutschtums zu werben. Aus Anlaß des 60jährigen Stiftungsfestes hatte der Bradbühler Krieger- und Landwehrverein am 5. Juli zur Weihe eines Denkmals für die Gefallenen aufgerufen. Etwa 20 auswärtige Vereine waren dem Rufe gefolgt. Die Weihede hielt Oberstleutnant a. D. Erdmann, halle. Den Abschluß des Tages bildete ein glänzender verlaufener waderländischer Abend. — Einer der ältesten Kriegervereine in unserer Gegend dürfte wohl der Naundorfer Kriegerverein sein, der am 22. Juni in einer wohlgeleiteten Feier seine neue zweite Sabne weihen konnte. Nach dem Kirchzuge hatten sich gegen Mittag über vierzig Vereine mit ihren Sabnen versammelt zu einem festlichen Umzuge durch das reichgeschmückte Naundorf. Die Weihede hielt der Kriegervereinsführer, Kamerad Hoffmann, halle. Die Veranstaltung nahm einen erhebenden Verlauf.



Dorbeimarsch der halleischen Stahlbriegergruppen



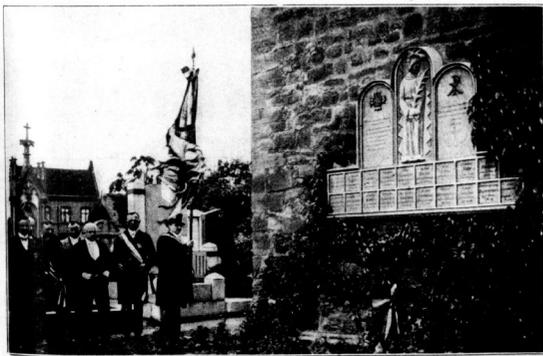
Admiral von Scheer im Kreise des Festbundes



Das Ehrenmal in Bradbühl



Die Weihede in Bradbühl



Gedenktisch der Naundorfer Gefallenen



Zur Sabnenweihe des Naundorfer Kriegervereins

Waldbrand-Übung im Ziegelrodaer Forst



Strawillige der Technischen Nothilfe und der Feuerwehre beim Eindämmen des Feuers

Die großen Waldbrände haben allen die Notwendigkeit des baldigsten eindrucksvollen Vor Augen geführt. Auch die Technische Nothilfe hat wie überall, auch hier erkannt, wie notwendig ihre Unterstützungsarbeit in dieser Beziehung ist. Unser linksstehendes Bild zeigt die Hilfsmannschaften beim Eindämmen des angenommenen Waldbrandes. Im hintergrunde eilen Feuerwehrmänner und Sanitäter zu besonders gefährdeten Stellen. Das rechtsstehende Bild zeigt einen Nothelfer beim Auswerfen eines topförmigen „Mundgrabens“. An der Übung beteiligten sich auch der Quersatter Landrat, Dr. o. Raufe, Forstmeister Mangelin, Landesbezirksleiter Gock und Landesunterbezirksleiter Kieferstein der Teno.



Aufwerfen der Mundgraben

erfammmel, Zeit, Staats die der ers interen war, allein 22, wie eine nde beiormittag llen der en stat. iwilligen hoerfuch eitnahme öftherung tag fand wclchem inahmen.

e, nahm im Garten henhaufes SanitätsndorfAuf- ce vorbildens selbst- Krankenkng prähen. Das eignis des die Groß- halleischen der Remn- anse Vor- der neben rraftswagen e Krankenk- Feuerwehre Zeugnis linipekteur n und den ausisprach-



Schlange-Schöningen spricht!



Schlange-Schöningen während der Ansprache auf dem Petersberge

Seit Jahren ist es ein besonderer Tag, an dem die Deutschnationalen ihre Sonnenwendfeier auf dem Petersberg halten. Jedesmal sind es große Kundgebungen, zu denen man sich dort in der schönsten Gegend unseres Bezirkes zusammenfindet. Ein Sonderzug führte sie am 5. Juli mit Frauen und Kindern zum Bahnhofe Wallwitz. Eine große Anzahl schwarz-weiß-rote Fahnen flatterten zu den Genfern des Zuges heraus und schmetternde Musik begleitete die gesamte Fahrt. Helle Begeisterung erfasste alle Teilnehmer der Fahrt, und es wird niemand gewesen sein, der nicht, hingekommen von der Bedeutung des Tages, mit besonderer Anteilnahme und besonderer Freude die Feststunden erwartet hätte. Mit Sonderzügen und Lastautos waren viele deutschnational bewusste Männer und Frauen aus Halle und der weiteren Umgebung zu dieser großen, vaterländischen Kundgebung geeilt. Ein besonderes Erlebnis wurden für alle die mit großer Leidenschaftlichkeit gesprochenen Worte des hochgeschätzten Parlamentariers Schlange-Schöningen. (Siehe nebenstehende Abbildung.) Anschließend fanden auf der Waldwiese Rosenpiele und Freilichtaufführungen statt. Ein großer Zapfenreiß mit Gebet bildete den erhebenden Abschluß dieser wohlgelungenen und glänzenden verlaufenen Feier.

Der H. 3.-Tennispreis



Der H. 3.-Tennispreis. Wanderpreis um die Meisterschaft der Provinz Sachsen. Ist in diesem Jahre in Halle von dem bekannten Leipziger Tennisspieler H. Schomburgk zum ersten Male errungen

Der H. 3.-Tennispreis. Wanderpreis um die Meisterschaft der Provinz Sachsen. Ist in diesem Jahre in Halle von dem bekannten Leipziger Tennisspieler H. Schomburgk zum ersten Male errungen. Seit dem 1. Juli weilt in unseren Mauern der bekannte Weltreisende John Hagenbeck mit seiner Singhaleen-Schau, deren Urheimat die Berge von Ceylon sind. Mit etwa 30 dieser braunen Weselen ist er in unseren Zoo eingezogen. Dank der Rührigkeit der Zoo-Leitung hat das halleische Publikum wieder einmal die seltene Gelegenheit, ein fremdes Volk mit seinen Sitten und Gebräuchen aus nächster Nähe zu schauen. Dadurch, daß der Aufenthalt der Singhaleen noch bis zum 21. Juli verlängert ist, dürfte es allen möglich sein, diese eigenartige Menschenrasse kennen zu lernen.

Pfadfinderkorps Graf Luckner

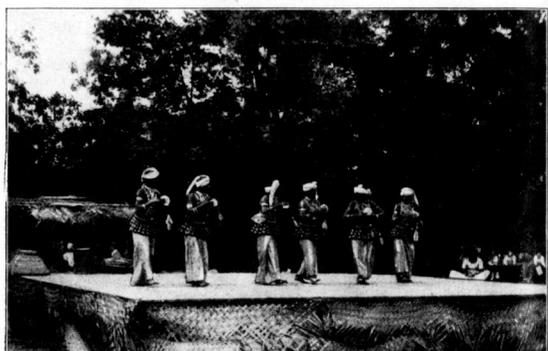
In den letzten Junitagen konnte das halleische Pfadfinderkorps Graf Luckner mit vielem Erfolg sein Stiftungsfest begeben, welches einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Eine hohe Ehre wurde dem Korps durch die persönliche Anwesenheit des Führers des Bundes deutscher Pfadfinderkorps und Jungdeutschlandbundes, Reichsfeldmeister Democh, Naumburg, zuteil, der in einem kurzen Vortrage die Ziele der Pfadfinder umhüllte: Erziehung des einzelnen Mitgliedes, völkischer Geist, unter Ausbeziehung aller Parteipolitik, und Hilfsbereitschaft gegen jedermann getreu dem Lösungswort: „Allseitig hilfsbereit.“



Pfadfinder vom halleischen Korps

Ceylon-Schau im Zoo

Seit dem 1. Juli weilt in unseren Mauern der bekannte Weltreisende John Hagenbeck mit seiner Singhaleen-Schau, deren Urheimat die Berge von Ceylon sind. Mit etwa 30 dieser braunen Weselen ist er in unseren Zoo eingezogen. Dank der Rührigkeit der Zoo-Leitung hat das halleische Publikum wieder einmal die seltene Gelegenheit, ein fremdes Volk mit seinen Sitten und Gebräuchen aus nächster Nähe zu schauen. Dadurch, daß der Aufenthalt der Singhaleen noch bis zum 21. Juli verlängert ist, dürfte es allen möglich sein, diese eigenartige Menschenrasse kennen zu lernen.



Singhaleen als Tempeltänzer

Schluß des redaktionellen Teiles. Verantwortlich: Dr. W. Kurt Böck, Halle (Saale).

Klavierkauf-Vertrauenssache!

Zuverlässigste Beratung genießen Sie bei der altrenommierten

Flügel- u. Piano-Fabrik

von

C. Rich. Ritter

Durch 97 Jahre bestens bewährt!

Qualitäts-Drucksachen

geschmackvoll und preiswert

Buch- und Kunstdruckerei
Otto Thiele, Halle (S.), Leipzig, Str. 61/62



Geb Brüder Häufler & M. H. Serr-R
Liquörfabrik
gegr. 1829

Vertreter:

Edmund Schaaf, Halle (Saale),
Humboldtstraße 20. — Fernruf 3381.

Druck und Verlag: Otto Thiele, Halle (Saale).

Wanderer-Mercedes-Brennabor-Fahrräder

in gediegenster Qualität.
Ersatz- u. Zubehörteile.

Reparaturwerkstatt
für alle Fabrikate.

Zahlungserleichterung.

H. Schöning
Gr. Steinstraße 69, am Stadtbad

Wratzke & Steiger

Hoflieferanten

Halle (Saale) / Poststr. 9/10

Juwelen · Gold · Silber